



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/42

Hannover, 7. April 1949

Deutsches Grundgesetz alliierten Inhalts?

P. R. Bonn, 7. April 1949

Am Montag werden in Godesberg Parteivorstand und Fraktion der SPD zu der neuesten Situation in Bonn Stellung nehmen. Sie ist dadurch entstanden, dass ein Teil der Parteien, die die Beschlüsse des viel genannten Siebenerausschusses angenommen hatten, sich wieder von ihnen gelöst haben. Das mühsam erarbeitete und gegenüber früheren Fassungen bereits im Sinne der alliierten Wünsche modifizierte Kompromiss war damit gescheitert, die deutsche Verhandlungsposition gegenüber den Besatzungsmächten entscheidend geschwächt. Es ist absolut unrichtig, zu sagen, dass schon jeder Versuch eines Beharrens auf dem gemeinsamen deutschen Standpunkt wegen der Einstellung der Besatzungsmächte zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Erst durch die Aufspaltung des gemeinsamen deutschen Willens und des freiwilligen Aufgebens einer verbindlich übernommenen gegenseitigen Verpflichtung durch einen Partner wurde die Situation im Sinne des deutschen Standpunktes - oder doch seines wesentlichen Kernes hoffnungslos.

Einigermassen pikant und für die CDU peinlich war bei alledem die unbestrittene Tatsache, dass die Abänderungswünsche der Besatzungsmächte mit den ursprünglichen und dann im Zuge der Kompromissverhandlungen abgeschwächten eigenen Vorstellungen der CDU so weitgehend übereinstimmten. Die Frage drängt sich auf: Hat die CDU/CSU bereits beim Abschluss des Kompromisses damit gerechnet, dass die Alliierten die von ihr zugestandene Bundesfinanzverwaltung ablehnen würden?

Die Vorschläge des Siebenerausschusses, zu deren Annahme sich die SPD nur sehr schwer entschliessen konnte, gehen zudem noch mehr in das Föderative hinein, als es die Vereinbarung der Fünferkommission tat. Sie enthalten weitere Zugeständnisse, zugunsten der Auffassung der CDU/CSU. Wenn diese Partei nun die ihren eigenen Ideengängen noch mehr entgegenkommende Regelung aufgab, so tat sie das offenbar aus Gründen, die nicht in der Sache selbst liegen.

Die Beratungen des Parlamentarischen Rates haben seit November darunter gelitten, dass viele Mitglieder dieses Gremiums ihren Drang, eine echte Verfassung zu schaffen und das Gesetz mit weltanschaulichen und allgemein-politischen Fragen zu belasten, nicht zähmen konnten. Die Sozialdemokratie ging damals davon aus, dass ein

7. April 1949

Organisationsstatut genügen würde, das in ausreichendem Umfange das Zusammenwachsen der elf Länder Westdeutschlands und dessen verwaltungsmässige Einheit in einem Grade ermöglichen sollte, wie es nun einmal unter einer Besatzung möglich ist. Die SPD hat weiter nachgegeben bei der Ausweitung der Grundrechte, insbesondere auch auf dem Gebiet der nach ihrer Meinung den Ländern obliegenden kulturellen und kirchenpolitischen Aufgaben. Sie hat der Institution eines Bundespräsidenten zugestimmt und den Vorschriften über das Beamtenecht nicht mehr widersprochen. Sie hat schliesslich zugestimmt, dass der Bundesrat auf wichtigen Gebieten der Gesetzgebung nicht nur auf ein Veto beschränkt bleibt, sondern das Recht der vollen Zustimmung zu einem Gesetz erhält. Sie hat sich darüber hinaus weitgehend mit der Errichtung einer Länderfinanzverwaltung für einen Teil der Steuern abgefunden und ihre Bedenken zurückgestellt, wesentliche Merkmale des Finanzausgleichs bereits jetzt in die Verfassung aufzunehmen.

Die CDU/CSU hat bisher nicht klar zu erkennen gegeben, wie sie im Falle des Obstiegs ihrer Vorstellungen über die Finanzverwaltung das damit gestörte Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern wieder herstellen will. Sie erklärt heute, sie halte zwar an der bisherigen Vereinbarung fest, sei aber an deren Erfüllung in einem wichtigen Punkt durch die Haltung der Besatzungsmächte gehindert. Diese Haltung der CDU/CSU konnte den Eindruck erwecken, dass sie die Vorstellung der Alliierten dazu benutzt, das, was sie bei den Verhandlungen im Fünfer- und Siebenerausschuss nicht erreichen konnte, auf andere Weise zu erlangen.

Die Sozialdemokratie wehrt sich dagegen, dass im Grundgesetz nur diejenigen Wünsche der Alliierten berücksichtigt werden, die den Auffassungen der Sozialdemokratie zuwiderlaufen. Sie verwahrt sich dagegen, dass aus der mit ihr geschlossenen Vereinbarung ein wesentlicher Bestandteil herausgebrochen wird, ohne dass ein Angebot der CDU/CSU vorliegt, auch ihrerseits grundlegenden Auffassungen der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen, und zwar Auffassungen, von denen die Sozialdemokraten fest überzeugt sind, dass sie im Interesse einer vorünftigen gesamtdeutschen Entwicklung sehr wesentlich, wenn nicht unerlässlich sind.

Deutsche Unterschriften werden unter dem Grundgesetz stehen und Deutsche werden die Verantwortung dafür zu tragen haben, ob das, was sie beschliessen, ein lebensfähiges Deutschland, zunächst im Westen, ermöglicht. Um diese Verantwortung tragen zu können, war man gemeinsam zu einer Einigung gekommen. Die SPD war bereit, die Verantwortung für das, was beschlossen war, zu übernehmen, darum hielt sie an der Vereinbarung fest. Niemand würde es verstehen, wenn Deutsche ein deutsches Gesetz mit alliierterem Inhalt machen würden. Wenn man es mit der Verwirklichung des demokratischen Gedankens in Deutschland ernst meint, muss man dem sich heute täglich aufdrängenden Widerspruch zu Leibe gehen, dass man deutsche Demokratie sagt und alliiertes Dekret meint. Niemanden wird man zur Demokratie bekehren oder ihn nur dabei halten können, wenn man nicht endlich beginnt, in dieser Hinsicht aufrichtig zu sein. Jedes andere Verhalten führt zum Gegenteil des erstrebten Zieles, zur Diskreditierung der Demokratie und damit zu ihrer entscheidenden Schwächung. (ths/74/1/2/74/he)

Parlamentssaison im Krenl

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die letzten Wochen haben eine Reihe von sehr wichtigen Veränderungen in der russischen Regierung mit sich gebracht. Vier Mitglieder des allmächtigen Politbüros, Molotow, Mikojan, Voznesensky und Marschall Bulganin haben ihre Ministerien verlassen. Ihre Posten nehmen heute ihre ehemaligen Stellvertreter ein. Das Präsidium des Obersten Rates der Sowjetunion, d.h. der kollektive Staatspräsident, hat ferner plötzlich nicht weniger als elf verschiedene Ministerien liquidiert und mit anderen vereinigt. Es sind dies durchweg Industrieministerien, deren Zahl in den Nachkriegsjahren bis auf 36 angeschwollen war. Nunmehr ist ihre Zahl auf 25 gesunken. Das zeigt, daß das Politbüro eine noch straffere Zentralisierung der Verwaltung anstrebt und das Experiment mit den vielen Einzelministerien aufgibt. Immerhin besteht die russische Zentralregierung heute noch aus 48 Ministern, 10 Vizepräsidenten und einem Ministerpräsidenten, zusammen also aus 59 Regierungsgliedern.

Kurz nach diesem Revirement tagte das sowjetische Zentralparlament. Wer erwartet hatte, daß der Ministerrat dieser Körperschaft, der er laut Verfassung verantwortlich ist, Erklärungen über die Gründe der Regierungsumbildung geben werde, sah sich enttäuscht. Ohne jede Diskussion wurden die Entlassungen, Neuernennungen und Reorganisationen genehmigt. Nicht einer der 1.339 Abgeordneten wagte nach diesen höchst bedeutungsvollen Veränderungen zu fragen. Noch mehr: da die Bezeichnungen der verschiedenen Ministerien in der Verfassung aufgezählt sind, mußten zwei ihrer Paragraphen geändert werden. Auch diese Verfassungsänderungen wurden einstimmig ohne jede Motivierung und Diskussion beschlossen. Das Krenl-Parlament stimmt also für Verfassungsänderungen, ohne zu erörtern, ob und warum diese notwendig sind!

Die ganze diesjährige Session dauerte vier Tage. Die Tagesordnung enthielt nicht eine einzige Gesetzesvorlage, statt dessen wurden drei Tage dem Staatsbudget gewidmet. Einen Tag lang referierte der Finanzminister Zwerew über die wirtschaftliche Lage der Union, die selbstverständlich glänzend ist. Sein mit astronomischen Ziffern gespicktes Budget zeigt 415 Milliarden Rubel auf der Ausgabenseite, davon allein 79 Milliarden im Wehretat; das ist doppelt soviel wie im letzten Vorkriegsjahre. 24 Abgeordnete sprachen zwei Tage lang mit ermüdender Einförmigkeit und selbstverständlich zustimmend zum Budget. Jede der Reden schloß mit einer enthusiastischen Glorifizierung Stalins unter dem Motto: "Es lebe unser großer und genialer Führer und Lehrer, unser Freund und Vater, der große Stalin!" Nach diesen Reden wurde das Budget einstimmig genehmigt.

Die gleiche Einförmigkeit wiederholte sich in den entsprechenden Referaten der Zeitungen. Nur eine Überraschung gab es: Die Meldungen in den Zeitungen mit moldavischen, aserbaidschani-

sehen, kirgisischen, usbekischen, kazachischen, tadschikischen und turkmenischen Sprachen wurden nicht mehr in lateinischen, sondern in kyrillischen Buchstaben gedruckt. Im Zuge der allgemeinen Russifizierung hat man also das lateinische Alphabet für die asiatischen Völker abgeschafft.

Die weitere "gesetzgeberische Tätigkeit" äußerte sich in der Wahl des Obersten Gerichts der Union, in welches nur Russen gewählt wurden. Abschließend wurden dann noch 17 verschiedene Dekrete, die vom Präsidium in der Zwischenzeit herausgegeben waren, ohne Diskussion einstimmig genehmigt. Die Dekrete der Regierung selbst werden nicht einmal zur formellen Genehmigung dem "Parlamente" vorgelegt. Damit war die ganze Tagesordnung des hart arbeitenden Sowjetparlamentes erledigt und die vielen Volksrepräsentanten reisten heim.

Amerikanische Vorschläge zur Re-Education

sp. Der Direktor der American Civil Liberties Union, Mr. Roger Baldwin, hat sich im vergangenen Jahr in Deutschland aufgehalten, um Fragen des Schutzes der staatsbürgerlichen Rechte zu untersuchen und den amerikanischen Behörden Vorschläge zur Förderung des demokratischen Aufbaus in Deutschland zu unterbreiten. In einem Memorandum hat er eine Reihe kritischer Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht, von denen man hoffen möchte, daß sie in allen alliierten Dienststellen Eingang finden.

Mr. Baldwin stellt fest, daß viele in der amerikanischen Zone angewandte Kontrollmaßnahmen "so undemokratisch wie möglich" gewesen seien. Die Politik sei weiterhin zum großen Teil verworren und diktatorisch, trotz der betonten Absicht, die Demokratie und Selbstverantwortung fördern zu wollen.

Scharfe Kritik wird an der Gewerkschaftspolitik in der US-Zone geübt. Als Beispiele werden die Verweigerung paritätischer Vertretung der Gewerkschaften in wirtschaftlichen Körperschaften und das Veto gegen das hessische Gesetz zur Frage der gewerkschaftlichen Mitbestimmung zitiert. Weiter wird auf das "unter Druck der USA" erfolgte Veto gegen das Gesetz zur Überführung der Kohlengruben in Gemeinbesitz und auf die nichterfolgte Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens hingewiesen.

In einem Memorandum, das dem Außen- und dem Kriegsministerium in Washington überreicht wurde, stellt die Civil Liberties Union die Forderung auf, den Gewerkschaften in allen wirtschaftlichen Körperschaften gleichberechtigte Vertretung einzuräumen und ihnen endlich ihr Vermögen zurückzugeben.

In der Frage der Bodenreform wird im Baldwinschen Memorandum festgestellt, daß die Großgrundbesitzer im Westen weiterhin die

landwirtschaftlichen Organisationen und das öffentliche Leben der Landbevölkerung beherrschen. Die Zustände seien "so feudal und klerikal wie seit Jahrhunderten". Darum wird aufgefordert, die Postreform unter der Verantwortung der Besatzungsmächte in allen drei Westzonen durchzuführen.

Das Memorandum enthält schließlich 20 Vorschläge zur Sicherung einer demokratischen Entwicklung. U.a. wird angeregt, bei den zonalen Kontrollbehörden, der zu bildenden Bundesregierung und den Landesregierungen besondere Büros zu errichten, die sich des Schutzes der staatsbürgerlichen Rechte annehmen sollen. Weiter wird vorgeschlagen, den unkontrollierten Machtbereich der alliierten Nachrichtendienste zu begrenzen und es den Deutschen zu erleichtern, durch Auslandsreisen den internationalen Kontakt mit demokratischen Kräften aufrecht zu erhalten.

(b/B. 11/74/2/hs)

Funkprogramme und Ländergrenzen

=====

(sp) Als vorletzter Sender Westdeutschlands wurde am 5. April der Sender Bremen in deutsche Hände übergeben. Entsprechend der Konstruktion, die man für die übrigen deutschen Sender wählte, wurde auch Radio Bremen als Körperschaft des öffentlichen Rechtes konstituiert.

Ein 19-köpfiger Rundfunkrat, in dem sich gewählte Vertreter der kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen^{en} unter dem Vorsitz des Senators Christian Paulmann (SPD) zusammenfinden, vertritt Radio Bremen in der Öffentlichkeit, wählt den Intendanten und überprüft seine Tätigkeit. Die laufende Prüfung der Geschäftsführung, der Abschluss von Verträgen, einschliesslich des Einstellungsvertrages für den Intendanten, ist Aufgabe des vom Rundfunkrat gewählten Verwaltungsrates. Der Intendant schliesslich gestaltet das Programm und führt die laufenden Geschäfte des Senders. Er nimmt beratend an den Sitzungen des Rundfunk- und Verwaltungsrates teil.

Walter Geerdes, Bremer Intendant seit dem Sommer 1946 und jetzt auf drei Jahre wiedergewählt, legte bei der Übernahme des Senders dar, dass Überparteilichkeit nicht etwa zu einer unpolitischen Haltung führen dürfe. Er wies dem Rundfunk seinen Platz mitten im Volk zu, dessen Interessen der Funk kompromisslos zu vertreten hat.

Aus dieser Aufgabenstellung gewinnt ein Sender von der Struktur des Bremer Rundfunks auch unserer Meinung nach seine Existenzberechtigung. Aus der Tatsache, dass der Sender Hamburg des NWDR, wirtschaftlich und technisch beträchtlich leistungsstärker als der kleine Sender Bremen, ein Programm ausstrahlt, das sogar drei Stunden mehr täglicher Sendezeit umfasst, als das des Bremer Rundfunks, wird mancher schliessen, ein Bremer Sender mit eigenem Programm wäre über-

7. April 1949

flüssig. Dieser Eindruck mag sich noch vertiefen, wenn man erfährt, dass der NWDR unter beträchtlichen Kosten eine weitere technische Sendestation in Oldenburg aufbauen will, um das Hamburger Programm auch in den küstennahen Gebieten Nordwestdeutschlands besser hörbar zu machen als bisher.

Eine solche Argumentation trifft den Kern der Sache nicht. Es kann nicht Ziel des deutschen Rundfunks sein, ein möglichst grosses Gebiet mit einem Einheitsprogramm, allenfalls durchsetzt mit kurzen Eigensendungen angeschlossener Nebenstationen, zu versorgen. Eine solche Tendenz in der Programmgestaltung zehrt noch von der Erinnerung an die zentral gelenkte Reichs-Rundfunkgesellschaft unseligen Andenkens. Ein Ausschliesslichkeitsprogramm für ein übergrosses Hörgebiet kann der kulturellen und wirtschaftlichen Vielgestaltigkeit Deutschlands nie gerecht werden. Es muss notwendig zu einer Programmgestaltung führen, die nicht mehr in der Lage ist, ihre Hörer in landsmannschaftlicher Besonderheit anzusprechen und damit zu einer Entfremdung zwischen Rundfunk und Hörer führen. Mit dem Beschreiten dieses Fehlweges würde der Rundfunk eine wesentliche Voraussetzung für seine Mitwirkung an der Neuformung des politischen Bewusstseins in Deutschland verlieren. Die sicherlich wichtigste Komponente der öffentlichen Meinungsbildung würde so weitgehend lahmgelagt werden.

Man missverstehe nicht. Unsere Bedenken gegen ein Einheitsprogramm sollen keineswegs dem entgegengesetzten Extrem, dem Kirchturmpolitik treibenden Länderrundfunk, das Wort reden. Versuche, das Rundfunkprogramm für Zwecke föderalistischer Absonderung zu missbrauchen - der Bayerische Rundfunk liefert für diese Tendenz zunehmend bedenkliche Beispiele - sind genau so abzulehnen, wie Bestrebungen, die sich in der französischen Zone zeigen. Dort sind Kräfte am Werk, die den Südwest-Funk, der sein Ausstrahlungsgebiet stets mit gut ausgewogenen Programmen zu versorgen versteht, zu zersprengen suchen. Als Argumente für die Spaltungsbestrebungen dienen die in ihrer Notwendigkeit wenig überzeugenden Ländergrenzen dieser Zone.

Es kann niemals die Aufgabe des Rundfunks sein, eine Föderalisierung des Äthers zu betreiben. Allein die technischen Gegebenheiten dieses Publikationsmittels, für das es keine Grenzpfähle gibt, verurteilen solche Versuche in sich selbst. Fruchtbare und zukunftsreiche Arbeitsmöglichkeiten kann allein eine Aufgliederung der deutschen Rundfunksender nach kulturellen, wirtschaftlichen und landsmannschaftlichen Gegebenheiten sichern, die von Einheitsfunk und föderalistischer Eigenbrötelei gleich weit entfernt ist. J.F.W.

SKLAVEN-LAGER IN DER TSCHECHOSLOWAKEI (sp) Die sozialwirtschaftliche Kommission der Vereinten Nationen hat kürzlich über Antrag der nordamerikanischen Gewerkschafts-Föderation beschlossen, eine internationale Untersuchung über die Sklavenarbeit einzuleiten. Damit sollte unverzüglich in Polen und in der Tschechoslowakei begonnen werden, denn Nachrichten, die von dort durchsickern, lassen um das Schicksal der

7. April 1949

dort zurückgehaltenen Deutschen das schlimmste befürchten. Das Ausbeutungstempo in den Urangruben Westböhmens ist bei rücksichtslosestem Raubbau an Menschenleben und Gesundheit angelangt. Kranke Menschen, die bei schwerster Arbeit zusammenbrechen, werden als "Saboteure" abgeführt und in womöglich noch ärgere Lager geschafft. Nicht besser geht es in Nordmähren zu, wo einige Lager wie Stramberg-Kalkwerk, Jagsdorf-Steinbruch, Bärn-Ziegelei wegen der dort herrschenden unmenschlichen Zustände berüchtigt sind. Für Bergbau-Sklaven bestehen eine Anzahl von Sonder-Lagern in Mährisch-Ostau und Karwin. Die internationale Untersuchung in diesen irdischen Höllen-Filialen müsste bald einsetzen, wenn Zehntausende gefährdeter Menschenleben gerettet werden sollen. (b/B117/64/2/he)

Richtigstellung: Zu der Meldung "Unterkomitee der Sozinform tagt in London" in unserer Ausgabe vom 6. April erfahren wir nachträglich, dass in diesem Gremium nur fünf Nationen vertreten sind. Die deutsche Sozialdemokratie gehört, wie die sozialistischen Parteien einiger anderer Länder nicht dazu. Infolgedessen entfällt auch die von uns angekündigte Reise Erich Gählenhauers nach London.

LOTTE LEMKE IN ENGLAND (sp) Die Leiterin der Arbeiterwohlfahrt, in den drei Westzonen, Lotte Lemke-Hannover, weilt z.Zt. in England, um mit massgebenden Persönlichkeiten der englischen Gesundheitspflege und der Gewerkschaften Fragen der Kinderhilfe zu besprechen. Im Peckham Gesundheits-Zentrum erörterte sie mit Dr. Hughes, dem Leiter der Jugendwohlfahrt in der Erziehungsabteilung des Londoner Grafenschaftsrates und mit Mr. Robertson, dem Präsidenten des Jugend-Komitees, Probleme der Jugendfürsorge. Von der Internationalen Abteilung des englischen Gewerkschaftskongresses wurde den dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften empfohlen, die Arbeiterwohlfahrt finanziell zu unterstützen. (m/B65/74/2/he)

M i t t e i l u n g :

Herr Ernst A. Hepp, Stuttgart, Gänsheide 60, lässt uns mitteilen, dass der gegen ihn im SPD-Pressedienst erhobene Vorwurf nicht zutrifft. Herr Hepp stellt fest, dass er Herrn Fritz Kuhn weder gesehen, noch gesprochen, geschweige denn Beziehungen zu ihm unterhalten hat, und

dass er niemals Mitglied des amerika-deutschen Volksbundes war und zu ihm keine Beziehungen unterhalten habe.

Wir geben davon Kenntnis, weil wir glauben, damit einer journalistischen Loyalität zu genügen. Gleichzeitig haben wir unseren Gewährsmann gebeten, sich noch einmal gründlich nach den in unseren Darstellungen vom 7. Februar 1949 veröffentlichten Zusammenhänge zu erkundigen.

Verantwortlich: Peter Raunau